

Ostdeutschland

Schlechte Stimmung trotz guter Wirtschaftslage



Ostdeutschland

Große Diskrepanz zwischen Erfolg und Gemütslage

„Die ökonomische Lage in Ostdeutschland ist besser als jemals zuvor, die Stimmung aber so mies wie schon lange nicht mehr“, hat der Ostbeauftragte der Bundesregierung in einem Namensbeitrag für die Neue Osnabrücker Zeitung (Ausgabe vom 13. August 2024) festgestellt.



2

Interessant ist, dass Schneider diese Diskrepanz in erster Linie auf eine nur allzu verständliche Transformationsmüdigkeit der ostdeutschen Bevölkerung zurückführt. Unglücklicherweise falle diese aber jetzt ausgerechnet in eine Zeit, in der besondere politische Herausforderungen wie Klimawandel oder Kriege erneut gesellschaftliche Anpassungsprozesse notwendig machten.

Eigentlich sei gerade Ostdeutschland gut auf Veränderungen vorbereitet. „Denn wer kennt sich besser mit Anpassungen aus als die Ostdeutschen? Nach der Wiedervereinigung haben wir innerhalb weniger Jahre einen so tiefgreifenden Wandel durchlebt wie kaum eine Gesellschaft zuvor.

Quasi über Nacht sind wir von einer Diktatur zur Demokratie, von der Plan- zur Marktwirtschaft und von den östlichen Bündnisstrukturen in die EU und die NATO gewechselt“, ruft Schneider in seinem Beitrag in Erinnerung.

In diesem Prozess hätten sich die Ostdeutschen grundlegend neu orientieren müssen. Die meisten hätten ihre angestammte Beschäftigung verloren. Viele hätten Arbeit im Westen gesucht. Familien seien dabei auseinandergebrochen und die Menschen hätten sich entwurzelt und oft auch gedemütigt gefühlt, wenn sie sich im Westbetrieb als „Ossis“ trotz solider Ausbildung und langjähriger Berufserfahrung hintanstellen mussten.

Schneider wörtlich: „Solche Brüche, Neuerungen und Entwertungen sind eigentlich typisch für Migrationsbiografien. Und tatsächlich mussten die Ostdeutschen sich gewissermaßen in einem neuen Land zurechtfinden, während für die Westdeutschen das Allermeiste blieb wie gehabt.“

✖ Abwehrreflexe gegen neue Umbrüche

Vor diesem Hintergrund seien Abwehrreflexe auf bevorstehende neue Umbrüche nur allzu verständlich – und das generationsübergreifend. Denn die Demütigungen und Verluste, Erfahrungen, die Sorgen und Ängste nach der Wiedervereinigung seien unvergessen und hätten sich längst ins kollektive

Gedächtnis der Nachwende-Generation eingegraben.

Allzu oft übersehen würden infolge dieser Erfahrungen positive Entwicklungen wie die Tatsache, dass die ostdeutsche Wirtschaft bereits seit zehn Jahren schneller wächst als die westdeutsche und die Arbeitslosigkeit so niedrig ist wie nie zuvor. Denn nach den wirtschaftlichen Zukunftsaussichten befragt, äußern sich Ostdeutsche viel pessimistischer als Westdeutsche und auch pessimistischer als noch vor einigen Jahren.

✖ Nährboden für extremistische Parteien

„In diese komplexe Gefühls- und Gemengelage stoßen



Model Foto: Colourbox.de

populistische Parteien. Sie locken mit einfachen Antworten auf komplizierte Sachverhalte und dem Versprechen, dass wir uns nicht ändern müssen, sondern in die vermeintlich bessere Vergangenheit zurückkehren können. Ein Gestern, das es so nie gab“, erklärt Schneider die Erfolge extremistischer Parteien in Ostdeutschland.

„In Wirklichkeit ist es genau dieser Populismus, der die Zukunft gefährdet“, warnt Schneider. Denn die Region sei auf qualifizierte Fachkräfte, mutige Investitionen und kluge Ideengeber angewiesen. „Doch kein Mensch von außerhalb will in einer Gegend arbeiten, in der Fremde nicht willkommen sind. Kein Investor wird sein Geld in einer Region lassen, in der unberechenbare Extremisten die Politik mitgestalten. Und bahnbrechende Erfindungen gelingen nur selten in einem Klima der Engstirnigkeit.“

Die Wahlergebnisse der AfD seien deshalb schon bei den

vergangenen Kommunal- und Europawahlen alarmierend gewesen. Inzwischen hat sich der verhängnisvolle Trend auch bei den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg verfestigt, trotz aller Demonstrationen gegen rechts, die in nahezu allen Städten Ostdeutschlands stattfanden.

➤ Stärker politisch einbringen

Schneider ruft Demokraten und Demokraten auf, lauter zu werden und gegen die rechtsextreme Gefahr zusammenzustehen. Er wirbt dafür, dass sich die Menschen stärker politisch einbringen: „Die Ostdeutschen haben Demokratie und Freiheit vor 35 Jahren mutig erkämpft. Jetzt müssen wir diese Demokratie verteidigen und mit neuem Leben füllen. Das geht nur, wenn mehr von uns in Parteien oder Gewerkschaften mitwirken – und politischen Einfluss nehmen.“

Dazu gehört aber auch Publizität. Schneider fordert deshalb in seinem Beitrag für die Neue Osnabrücker Zeitung auch mehr Gehör für den Osten im gesamtdeutschen Kontext, und zwar sowohl in der medialen Berichterstattung als auch in öffentlichen Statements. Letztere dürften sich nicht in negativen Umschreibungen erschöpfen, sondern sollten sich

empathisch mit der Situation vor Ort auseinandersetzen.

➤ Ungleichgewichte im Gleichwertigkeitsbericht

Eine Forderung, die nur allzu berechtigt ist. Denn der Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung weist trotz der verbesserten gesamtwirtschaftlichen Situation auch nach drei Jahrzehnten noch immer in vielen Lebensbereichen schlechtere Bedingungen als im Westen aus: Im Osten wird durchschnittlich weniger verdient und die Menschen sind öfter auf Sozialleistungen angewiesen. „Wer die Nöte und auch den Frust vieler Menschen in Ostdeutschland verstehen will, muss diese Fakten kennen. Und darauf hinarbeiten, dass sie sich ändern“, so Schneider.

Wichtig sei aber auch, dass die Bereiche, in denen Ostdeutschland vorne liegt, wie die Kindertagesbetreuung oder der Ausbau erneuerbarer Energien, in der Berichterstattung viel öfter Erwähnung finden.

➤ Westdeutsche Dominanz in Führungsetagen

Kritisiert wurde von Schneider schließlich, dass es zu wenige Ostdeutsche in Führungspositionen gibt. In Medien, Wirtschaft und Rechtsprechung würden die Chefetagen weit überdurchschnittlich von Westdeutschen besetzt. Ostdeutsche machten 20 Prozent der deutschen Bevölkerung

aus. Aber nur 8 Prozent der führenden Medienmacher und nur 4 Prozent der Wirtschaftsbosse seien in Ostdeutschland geboren. Die Bundesgerichte seien sogar nur zu 2 Prozent mit Ostdeutschen besetzt. Auch das muss sich ändern, soll sich die negative Stimmungslage verbessern. ■

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber:

Landesvorsitzender Dietmar Knecht
dbb beamtenbund und tarifunion
landesbund mecklenburg-vorpommern
Heinrich-Mann-Straße 18, 19053 Schwerin
Tel.: 03855.811050, post@dbb-mv.de,
www.dbb-mv.de

Landesvorsitzende Nanette Seidler
SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen
Theresienstraße 15, 01097 Dresden
Tel.: 0351.4716824, post@sbb.dbb.de,
www.sbb.de

Landesvorsitzender Ulrich Stock
dbb beamtenbund
und tarifunion sachsen-anhalt
Schleierstraße 12, 39104 Magdeburg
Tel.: 0391.5619450,
post@sachsen-anhalt.dbb.de,
www.sachsen-anhalt.dbb.de

Landesvorsitzender Frank Schönborn
tbb beamtenbund und tarifunion thüringen
Landesgeschäftsstelle
Schmidtstraße 9, 99084 Erfurt
Tel.: 0361.6547521, post@dbbth.de,
www.thueringer-beamtenbund.de

Redaktion: Annemarie Wellige
(leitende Redakteurin)

Verantwortliche Redakteure für:

Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt

Sachsen: Nanette Seidler

Sachsen-Anhalt: Silke Grothe

Thüringen: Frank Fritze

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titel: Model Foto: Colourbox.de

Verlag: DBB Verlag GmbH,

Friedrichstraße 165, 10117 Berlin

Telefon: 030.7261917-0

Telefax: 030.7261917-40

Internet: www.dbbverlag.de

E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: DBB Verlag GmbH,

Mediacenter, Dechenstraße 15 a,

40878 Ratingen

Telefon: 02102.74023-0

Telefax: 02102.74023-99

E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung:

Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715

Anzeigenverkauf:

Andrea Franzen,

Telefon: 02102.74023-714

Anzeigenendisposition:

Britta Urbanski,

Telefon: 02102.74023-712,

Preisliste 27, gültig ab 1.1.2024

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

DruckMedien,

Marktweg 42–50, 47608 Geldern

Änderung des Personalvertretungsgesetzes geplant

dbb m-v lehnt Abkehr vom Gruppenprinzip kategorisch ab

Der Landtag beabsichtigt, das zuletzt Ende Dezember 2019 geänderte Personalvertretungsgesetz in einem ersten Schritt vor einer umfassenden Novellierung punktuell zu ändern.

Zum einen sind durch Bundesgesetzgebung einzelne Regelungen für die Personalvertretungsrechte der Länder zu entfristen. Zum anderen sollen digitale Personalratssitzungen ermöglicht werden. Darüber hinaus sind allein im Bildungsbereich strukturelle Veränderungen beabsichtigt, die auch das Gruppenprinzip im Bereich der Lehrkräfte beinhalten.

Diesen Punkt im geplanten Gesetzesentwurf lehnt der dbb m-v kategorisch ab und hat das in seiner Stellungnahme gegenüber dem Innenausschuss des Landtages deutlich gemacht. Die Vertretung der Beschäftigteninteressen im Personalrat durch spezielle Vertreter der Statusgruppe Beamte einerseits und der Statusgruppe Arbeitnehmer

andererseits ist gelebtes Recht und hat sich in mehreren Jahrzehnten bewährt. Die Rechtsverhältnisse dieser Statusgruppen unterscheiden sich – trotz teilweiser Überschneidungen – bereits aus verfassungsrechtlichen Gründen massiv.

■ Gruppenprinzip sichert effiziente Personalratsarbeit

Das Gruppenprinzip dient einer effizienten Personalratsarbeit und damit der effektiven Vertretung der Interessen der Beschäftigten. Die Meinung von

„Spezialisten“ in speziell ihre Statusgruppe betreffenden Angelegenheiten darf nicht von anderen, nicht der Gruppe angehörenden Personalratsmitgliedern – aus Unkenntnis oder mangelnder Solidarität mit dieser Gruppe oder auch aus Rivalität mit den eigenen abweichenden Gruppeninteressen – überstimmt werden. Daher befürwortet der dbb m-v die Beibehaltung des Gruppenprinzips und die damit verbundene Abstimmung über Gruppenangelegenheiten in der Gruppe – und damit unter Umständen gegen die Personalratsmehrheit.

8. Landesverbandstag Deutsche Steuer-Gewerkschaft Mecklenburg-Vorpommern

Knecht: Personalmangel führt zu Kontrollverlust in der Einnahmeverwaltung

Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht hat am 19. September im Rahmen der öffentlichen Veranstaltung des DSTG-Landesverbandstages die Personalpolitik des Landes, insbesondere in der Finanzverwaltung, kritisiert.

„Wenn laut PwC im Jahr 2022 lediglich 1,8 Prozent der Unternehmen einer Betriebsprüfung unterzogen wurden, zeigt das deutlich den wachsenden Kontrollverlust über wesentliche Teile der Einnahmeverwaltung. Es stellt sich dann die Frage, wie weit das Steuersäckel künftig überhaupt noch belastbar ist, angesichts der ohnehin bestehenden sehr, sehr kostenintensiven Kontrollverluste bei der Migration, bei der Integra-

tion oder auch bei der Infrastruktur?“, so Knecht in seinem Grußwort vor den Delegierten des Landesverbandstages in Schwerin.

■ Nur Mindeststandards umgesetzt

Erschwerend komme hinzu, dass mit den zurückliegenden Gesetzen zur Besoldungsstruktur und zur Besoldungsanpassung aufgrund des letzten

Tarifabschlusses mit den Ländern lediglich Mindeststandards umgesetzt wurden und auch dies nur aufgrund von gewerkschaftlichem beziehungsweise gerichtlichem Druck.

„Während der rot-rote Koalitionsvertrag die zeit- und systemgerechte Übertragung regelt und die Landesregierung sich dem verpflichtet fühlt, erleben wir bei der Besoldungsstruktur die Abkehr des Landes von dem Grundsatz, einerseits für junge Menschen attraktiv zu sein, ohne andererseits das Bestandspersonal aus den Augen zu verlieren“, so Knecht weiter. „Mit den Maßnahmen zur Umsetzung der Bundesverfassungsgerichtsurteile

zur amtsangemessenen Alimentation wird das Bestandspersonal weiter extrem demotiviert.“

■ Über 7 000 Widersprüche

Allein mehr als 7 000 Besoldungswidersprüche (also fast die Hälfte der Beamtenschaft des Landes) sprechen eine deutliche Sprache und spiegeln die frustrierte Stimmung in den Behörden wider.

„Demotivation, Desinteresse und Abwanderung sind damit vorprogrammiert. Wenn wir bei der Sicherung der Daseinsvorsorge nicht Schiffbruch erleiden wollen, müssen dringend und vor allem schnell

Attraktivitätssteigerungen her. Dazu haben wir im Besoldungsdialog 2.0 mit Finanzminister Heiko Geue die Zusage erhalten, dass er seinen 2023 gestarteten Vorstoß für eine stärkere Vereinheitlichung der Besoldung in Norddeutschland fortsetzen wird. Dabei ist es unumgänglich, die Besoldung insgesamt auf den Prüfstand zu stellen, insbesondere ob die bestehenden Eingangsämter noch zeitgemäß sind“, machte Knecht deutlich.

Im Rahmen des 8. Landesverbandstages fanden auch Neuwahlen des DSTG-Landesvorstandes statt. Auf den langjährigen Vorsitzenden Frank Höhne, der den Verband seit 2004 geführt hat, folgt Frank Naumann. Dietmar Knecht dankte Frank Höhne für sein außerordentliches Engagement für die DSTG, aber auch im dbb Landeshauptvorstand, dem er in seiner Funktion als stellvertretender dbb Landes-



> Der neue Landesvorstand der DSTG Mecklenburg-Vorpommern mit dem bisherigen Vorsitzenden Frank Höhne und seinem Nachfolger Frank Naumann (vordere Reihe 1. und 2. von rechts)

vorsitzender auch in Zukunft weiterhin angehören wird. Dem neu gewählten Vorsitzenden gratulierte er sehr herzlich: „Ich freue mich auf die Fortsetzung der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem DSTG-

Landesverband und wünsche dir in deiner neuen Funktion alles Gute und viel Erfolg.“

Zu stellvertretenden Landesvorsitzenden wählten die Delegierten Burkhard Köhler, Maria

Preperau, Anja Scherlacher und Susanne Wienke. Beisitzerinnen und Beisitzer im neuen Landesverbandsvorstand sind Matthias Fußy, Tjorven Gottschalk, Frank Höhne, Ines Schneider und Raik Weeber. ■

Norddeutscher Lehrkräftetag 2024

Künstliche Intelligenz an Schulen – großes Interesse bei Lehrkräften

Am 14. September 2024 öffnete die Stadthalle Rostock ihre Türen für den „Norddeutschen Lehrkräftetag“, eine gemeinsame Veranstaltung der Nordverbände des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) und des Verbands Bildungsmedien.



> Der Hauptredner Pavle Madzirov bei seinem Vortrag

Über 300 Lehrkräfte aus Mecklenburg-Vorpommern und weiteren sieben Bundesländern waren zur inzwischen 16. Auflage des Norddeutschen Lehrkräftetags nach Rostock gekommen.

Mit zufriedenen Gesichtern verließen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Veranstaltungsende die Rostocker Stadthalle und nahmen viel Input zum Thema der Veranstaltung „KI – Grenzen und Möglichkeiten

für die Schule der Zukunft“ mit nach Hause. Bei den Lehrkräften ist KI längst im Klassenzimmer angekommen, allerdings interessierten sie sich beim Lehrkräftetag insbesondere für eine angemessene Handhabung und einen effizienten Einsatz in Unterricht und Verwaltung.

> Großes Entlastungspotenzial

Ein großes Lob gab es für den Bestsellerautor und KI-Experte



> VBE-Landesvorsitzender Michael Blanck und Christoph Pienkoß, Geschäftsführer Verband Bildungsmedien e. V. bei der Eröffnung des Norddeutschen Lehrkräftetags 2024 (von Inks)

buchverlage und Initiativen auf dem Veranstaltungsgelände.

■ Positive Resonanz

„Ich habe ChatGPT noch während des Vortrags an meinem Handy ausprobiert und bin begeistert. Ich will auf jeden Fall dranbleiben und schauen, wie mich KI unterstützen kann“,

resümierte Nora Lange, die an einer Grundschule in MV unterrichtet. Das Feedback war allgemein durchweg positiv. „Dieses Veranstaltungsthema kam zur richtigen Zeit“, urteilte Susann Meyer, die dem Jungen VBE in MV vorsteht und an einer Regionalen Schule unterrichtet. „Vor allem die gute Mischung aus Inputs und die Informationsmöglichkeiten bei den Ausstellern über Unterrichtsmaterialien und -technik begeistern mich“, sagte Dorothée Korpeter, Lehrerin an einer Gesamtschule. ■

ten Pavle Madzirov, der selbst Schulleiter ist und als Hauptredner anschaulich und begeistert das große Entlastungspotenzial von KI für den Unterricht aufzeigte.

In über 20 Workshops mit einem breit gefächerten und praxisnahen Angebot, das von Podcasts und KI im Klassenzimmer bis hin zu innovativen Lehrwerken und kreativen Unterrichtsmethoden wie Zaubern oder Entspannungsübungen reichte, vertieften die Teilnehmer Anwendungen und Aspekte der KI oder besuchten die Stände der rund 25 Schul-



> Interessante Angebote für Lehrkräfte an den Ständen der Aussteller

© Gottfried Hägele/VBE M-V (3)

Neues Ausbildungsangebot für den Justizdienst

Zweijährige Beamtenausbildung startet 2025

Ab dem kommenden Jahr bietet das Land Schülerinnen und Schülern mit Mittlerer Reife beziehungsweise Realschulabschluss eine neue Ausbildung für eine Tätigkeit in den Serviceeinheiten der Gerichte und Staatsanwaltschaften an. Bewerbungen für den Ausbildungsbeginn am 1. September 2025 sind noch bis zum 30. November 2024 möglich.

Im Vergleich zur bisherigen Ausbildung zum Justizfachangestellten ist die neue Ausbildung kompakter strukturiert und daher ein Jahr kürzer. Während der zweijährigen

Ausbildung werden die Auszubildenden in das Beamtenverhältnis auf Widerruf berufen. Die Ausbildung ist so strukturiert, dass sich theoretische und berufspraktische Ab-

schnitte abwechseln. Die Theorie wird an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow vermittelt, die Praxis bei den Gerichten und Staatsan-

waltschaften. Ab 2027 soll die Ausbildung der Justizfachangestellten vollständig durch den neuen Ausbildungsgang „Justizfachwirtin“ beziehungsweise „Justizfachwirt“ ersetzt werden.

„Wir brauchen gut ausgebildeten Nachwuchs in allen Bereichen des Justizdienstes, auch in den Serviceeinheiten. Die Tätigkeit in den Serviceeinheiten ist ein verantwortungsvol-

ler und vor allem attraktiver Arbeitsplatz in der Justiz. Wer statt eines Studiums lieber eine Ausbildung machen möchte, sich aber trotzdem für die Arbeit bei Gerichten oder Staatsanwaltschaften interessiert, für den ist die Ausbildung zur Justizfachwirtin beziehungsweise zum Justizfachwirt genau das Richtige“, sagte die Ministerin für Justiz, Gleich-

stellung und Verbraucherschutz, Jacqueline Bernhardt, zum Start des letzten Durchgangs für die dreijährige Ausbildung der Justizfachangestellten im Jahr 2024.

■ Interessant und abwechslungsreich

In den Serviceeinheiten werden die Arbeitsabläufe der

Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger mit der Geschäftsstelle vernetzt. Die dort Beschäftigten sind zugleich Ansprechpartner für Ratsuchende. Ganz unterschiedliche Lebenssituationen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger prägen die Anfragen und Mitteilungen, die bei den Ser-

viceeinheiten der Gerichte und Staatsanwaltschaften eingehen. Dies macht den Beruf sehr interessant und abwechslungsreich. Jährlich sind 25 Ausbildungsplätze zu vergeben. Am Tag der offenen Tür an der Fachhochschule am 7. September 2025 konnten sich Interessierte direkt vor Ort auf dem Campus über alle Berufsbilder in der Justiz informieren. ■

GDL-Generalversammlung in Dresden

Führungswechsel bei der GDL: Claus Weselsky geht, Mario Reiß kommt

Vom 2. bis 4. September 2024 fand die 50. Generalversammlung der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) in Dresden statt. Die Veranstaltung stand ganz im Zeichen des Abschieds vom langjährigen Bundesvorsitzenden Claus Weselsky.

Seine 16-jährige Amtszeit war nicht zuletzt geprägt durch Arbeitskampfmaßnahmen, die die GDL als geschlossene, durchsetzungsfähige Fachgewerkschaft unter dem Dach des dbb noch bekannter gemacht haben. Die Einkommensrunden bei der DB und im Länderbereich haben GDL und dbb solidarisch gemeinsam bestritten. Viele erinnern sich gern an Weselskys Grußwort am 16. November 2023 vor dem dbb Landeshauptvorstand in Schwerin mit anschließendem gemeinsamen Demonstrationszug durch die Schweriner Innenstadt und Kundgebung vor der Staatskanzlei.

■ Dankesworte von Dietmar Knecht

„Die GDL ist zum Vorreiter in Sachen Arbeitszeitverkürzung geworden und ich bin mir sicher, dass der Abschluss mit der DB auch eine Art Masterplan für die kommenden Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst sein wird“,



➤ Die Mitglieder des Landeshauptvorstandes des dbb m-v, Volker Kromholz, Gerd Dümmel und Dietmar Knecht, mit dem GDL-Ehrenvorsitzenden Claus Weselsky

sagte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht in seinen Dankesworten an Weselsky.

Auf Weselsky – der zum Ehrenvorsitzenden gewählt wurde – folgt nun Mario Reiß als Bundesvorsitzender, der be-

reits angekündigt hat, sich nicht auf den Lorbeeren ausruhen zu wollen, sondern die Ziele der GDL auch in Zukunft konsequent und gewissenhaft umzusetzen.

„Ich freue mich auf eine weiterhin solidarische und zu-

kunftsorientierte Zusammenarbeit mit der GDL und ihrem neuen Chef Mario Reiß, dem ich für die Ausübung seines Amtes viel Erfolg und Durchsetzungsvermögen sowie immer eine Handbreit Wasser unter dem Kiel wünsche“, so Knecht abschließend. ■

Hände weg vom Pensionsfonds für Sachsens Beamte!

Zum wiederholten Mal schaut die sächsische SPD- Landtagsfraktion begehrt auf den vom Freistaat Sachsen für seine Beamten angelegten Pensionsfonds. Diesmal mit Unterstützung eines Gutachtens vom Juni 2024, welches nun vor den Koalitionsverhandlungen aber offensichtlich noch einmal Druck erzeugen soll.

„Es verwundert uns nicht, dass auch diesmal der Generationenfonds, also der Pensionsfonds für Sachsens Beamte oder zumindest die Zuführung zu diesem, als vermeintlich leicht zu melkende Kuh aus dem Hut gezogen wird“, so Nannette Seidler, Landesvorsitzende des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen.

Wie absurd dies ist, zeigt sich bereits schon in den ebenfalls im Gutachten aufgeführten Zitaten zur Entstehung der Regelung und deren verfassungsrechtlicher Absicherung. Der Generationenfonds wurde ja eingerichtet, um zukünftige Generationen nicht mit den

jetzt entstehenden, aber in der Zukunft absehbar fälligen Pensionsansprüchen zu belasten.

■ Falscher Weg

Seidler: „Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen demografischen Entwicklung kann doch niemand ernsthaft wollen, dass ein zukünftiges Sachsen mit voraussichtlich deutlich weniger Erwerbstätigen und damit geringeren Steuereinnahmen die heute eingegangenen Verpflichtungen aus dem dann zur Verfügung stehenden laufenden Haushalt zahlt. Aus der Tatsache, dass andere Bundesländer dies

nicht in gleicher Weise tun, abzuleiten, dass der sächsische Weg damit ein ‚zu guter‘ oder gar falscher Weg wäre, ist doch absurd. Ich möchte das meinen Kindern und Enkeln nicht erklären müssen.“

Das Gutachten bemängelt, dass der Begriff „auskömmlich“ bisher nicht hinreichend definiert sei. Hieraus resultierend zu schließen, dass eine hälftige Finanzierung zu dem Fonds nunmehr „auskömmlich“ sei, entbehrt jeglicher Grundlage. Sachsen sorgt, basierend auf regelmäßigen versicherungsmathematischen Gutachten, vorbildlich, transparent und auskömmlich vor.

■ Generationengerechte Finanzpolitik notwendig

Klar ist: Sachsen braucht Investitionen in die Zukunft. Sachsen braucht aber auch eine verlässliche, nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik. Und genau dafür sorgt der Generationenfonds in seiner jetzigen Ausgestaltung.

Es ist politische Aufgabe des neuen Sächsischen Landtages, der neuen Regierung, einen ausgewogenen und zukunftsfähigen Staatshaushalt zu beraten und zu beschließen. „Gegebenenfalls bevorstehende Sondierungs- oder Koalitionsverhandlungen aber zu nutzen, um in der Öffentlichkeit schon einmal Handlungsspielräume in Aussicht zu stellen oder ‚gelbe Linien‘ aufzuzeigen, ist unredlich und hilft nicht, das Vertrauen in Politik zu stärken“, so Seidler abschließend. ■

Tarifabschluss erzielt!

Claus und sein letzter großer Kampf!

Am 1. August 2024 gegen 16.30 Uhr war es so weit: Der GDL-Bundesvorsitzende Claus Weselsky und der Geschäftsführer der City-Bahn Chemnitz GmbH (CBC), Friedbert Straube, unterzeichneten in Berlin das Abschlussprotokoll der Tarifrunde 2023/2024. Damit ist einer der längsten Tarifkonflikte der GDL zu Ende gegangen.

18 Streiks mit einer Gesamtdauer von 923 Stunden waren nötig, um den Arbeitgeber zum Einlenken zu bewegen. Kern des Konflikts war die Absenkung der Referenzarbeitszeit

für Schichtarbeiter, die vom Arbeitgeber als „nicht finanzierbar“ abgelehnt worden war.

Zur Begründung hieß es: Die CBC sei ein rein kommunales

Unternehmen und die erheblichen Steigerungen der Lohnkosten seien angesichts chronisch klammer Haushalte nicht finanzierbar. Dabei ignorierte der Arbeitgeber, dass es unerheblich ist, ob ein Unternehmen öffentliche oder private Eigentümer hat.

Möglicherweise hat die Arbeitgeberseite in dem Konflikt darauf gesetzt, dass die GDL-Mitglieder resignieren und den Kampf abbrechen. Dazu kam es aber nicht. Die GDL-Mitglieder

standen bis zum letzten Streik geschlossen zusammen und ließen sich nicht entmutigen. Diese beeindruckende Entschlossenheit hat den Abschluss am Ende überhaupt erst ermöglicht.

■ 16 Jahre das Gesicht der GDL – wir sagen Danke!

Für Claus Weselsky, der in den Ruhestand geht, war die Auseinandersetzung mit der CBC der letzte große Kampf. Mit Leib und Seele ist Weselsky Ge-

werkschaftschef der GDL gewesen und dank seines unermüdlichen Engagements auch Deutschlands bekanntestes Gesicht aus der Lokführergewerkschaft. Auch beim SBB hat Claus Spuren hinterlassen. Von 1995 bis 1999 war er stellvertretender Landesvorsitzender beim SBB.

„Nach erfolgreichen 16 Jahren geht eine Ära zu Ende. Wir danken dir, lieber Claus, für deine Treue, deinen Einsatz, deine Beharrlichkeit und Ehrlichkeit“, so Nannette Seidler.



Informatives dbb Presseseminar in Berlin

Am 28. und 29. September 2024 fand im dbb forum nach fünfjähriger Pause wieder ein Presseseminar des dbb statt.

Am ersten Seminartag begrüßte dbb Pressesprecher Frank Zitka die 26 Teilnehmer der Mitgliedsgewerkschaften, von dbb Kommunikation, dbb digital und vom dbb vorsorgewerk. Nach einigen einleitenden Worten des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Volker Geyer folgte ein sehr interessanter Vortrag zu „KI in

der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ durch einen externen Experten von „heise-online“. Der Vortrag verdeutlichte, welche Möglichkeiten heute durch ChatGPT, Midjourney, Eleven Labs, Runway, Copilot und so weiter in der Verarbeitung von Texten, Fotos, Videos und Sprache möglich sind. Auch dürfte es

in Zukunft immer schwieriger werden, Nachrichten auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu überprüfen. Anschließend wurde die App „Zukunftsnetzwerk digital“ vorgestellt.

Am zweiten Seminartag stand ein Redaktionsbesuch bei der dpa im Mittelpunkt. Beim Rundgang durch die seit einem

Jahr bezogenen, relativ neuen Redaktionsräume, unter anderem das Videostudio, das Tonstudio und der Aufzeichnungsraum für Podcasts, erläuterte der Referatsleiter Politik die Arbeitsweise der Nachrichtenagentur.

Insgesamt hat die Veranstaltung an knapp zwei Tagen viele nützliche Informationen geboten. Für die Zukunft sind weitere Presseseminare angedacht.



> Seminarteilnehmer zu Besuch bei der dpa

DSTG Sachsen

„Alle Mann an Bord für das Drachenbootrennen!“



© DSTG Sachsen

... das war Ende 2023 die Vision von Michael Welz, als er sich entschlossen hat, das Drachenbootrennen im Rahmen des 45. Deutschlandturniers der Finanzämter nach Leipzig zu holen. Denn eigentlich sollte es ausfallen. Das ging aber für Welz gar nicht, weil für ihn gerade der Drachenbootsport im besonderen Maße für Teamwork und eine hohe Altersspreizung steht.

Am 20. September 2024 war es so weit und das Drachenbootrennen konnte in Leipzig starten. Der Weg dahin war mit hohem Organisationsaufwand und viel Teamwork gepflastert. „Mit Leuten, die Probleme lösen können und wollen“, so Welz.

Sein Organisationsteam (Finanzsportgemeinschaft (FSG Chemnitz), Mara Jundel (FSG Chemnitz und DSTG Sachsen), Jan Benzien und Noa Winkler (beide Leipziger Kanu Club e. V.) sowie Uwe Voigt (Stadt Leipzig), hat Großartiges geleistet. Ich bedanke mich, auch im Namen der DSTG Sachsen, ganz herzlich bei allen. Aber auch die Sponsoren und viele Helfer haben zum Erfolg beigetragen. Teamsport also auch auf der Organisations- und Helferseite.

19 Teams am Start

Wir durften insgesamt 19 Teams aus dem gesamten Bundesgebiet in Leipzig begrüßen. Für uns gingen sogar drei sächsische Teams an den Start: Die erfahrene Leipziger Mannschaft „Sax Tax Dragons“ sowie die noch jungen Mannschaften „Chemnitzer Finanzämter – Treibholz“ und die „Elsterfighters der Leipziger Finanzämter“. Es hat mich echt stolz gemacht, zu sehen, wie viel Engagement schon beim Training und welchen Kampfgeist beim Turnier unsere Mannschaften gezeigt haben. Gekämpft haben alle mit jedem Paddelschlag, Ehrgeiz, Fairness und Spaß.

Turniersieg für die „Sax Tax Dragons“

In einem äußerst spannenden Rennen brachten die „Sax Tax

Dragons“ den Turniersieg in trockene Tücher. Nach zweimal Silber bei den letzten beiden Deutschlandturnieren gab es endlich die lang ersehnte Goldmedaille und das auch noch vor heimischem Publikum.

Schirmherr des Events war unser Finanzminister Hartmut Vorjohann, der es sich nicht nehmen ließ, die Siegerehrung durchzuführen. Er gratulierte jedem einzelnen Drachenbootsportler der Plätze eins bis vier und überreichte die Medaillen und Siegerpokale. Ein Termin der angenehmen Art in diesen Tagen, wie er selbst sagte. Wir alle wissen, was er meint. Ein weiterer Unterstützer des Drachenbootrennens war der Amtschef des Sächsischen Finanzministeriums, Sebastian Hecht. Er eröffnete die Veranstaltung am Elsterflutbecken zwischen Renn-

bahnsteig und der Sachsenbrücke mitten im grünen Herzen von Leipzig und gab den Startschuss zum Rennen.

„In die Auslage! – Attention ...! – Go!!!“

So lauten die drei Kommandos für den Start eines Drachenbootrennens. Die Mannschaften wissen: Kraft und Ausdauer, insbesondere aber Disziplin und Koordination sind wichtig. Wer sich auskennt, weiß um die Herausforderungen, Regeln und Gepflogenheiten, zum Beispiel, dass vor der Startlinie Schweigen herrscht und nicht gequatscht wird. Konzentration ist wichtig! Was die Sache zusätzlich erschwert: Haltung bewahren! Im Drachenboot sollen sich alle möglichst weit vorbeugen. Die Paddeltechnik im Drachenboot, besser umschrieben

mit „in See stechen“, sieht vor, das Paddel senkrecht einzusetzen und das Blatt mit der Kraft von Armen und Rumpf durchs Wasser zu ziehen. Allerdings nur so weit, wie es der Rhythmus des Trommlers vorgibt. Und Trommler sind im Drachenboot Standard so wie die stets am Heck stehenden Steuerleute, die tatsächlich alle Teams über das gesamte Turnier hinweg im Griff hatten. Ich habe höchsten Respekt vor der Arbeit der Steuerleute, die

beim Start und auf der 400 m Rennstrecke viel Stehkraft und eine gute Stimme brauchen.

■ Im gleichen Takt in See stechen

Übrigens, wer zu spät reagiert, kann den Takt nicht halten. Ebenso wenig kommt derjenige auf Anhieb in den Rhythmus, der das Blatt bei „Attention“ nicht gleich ins Wasser getaucht hat. Bei „Are you ready?“ – da geht's in die Auslage.

„Attention“ – das Paddelblatt wird eingetaucht. „Go!“ – die Paddler müssen anfangen durchzuziehen. Klingt doch alles ganz leicht, ist es aber nicht. Ein Team muss sich zusammenfinden, braucht Training und muss dann im gleichen Takt „in See stechen“.

■ Vorbild für die Gewerkschaftsarbeit

Ich finde, unsere Gewerkschaftsarbeit sollte auch wie

ein Drachenbootteam sein. Dann wäre es für uns alle leichter. Bei Themen, die uns in der SBB-Familie gleichermaßen betreffen, gemeinsame Sache machen, also im gleichen Takt schlagen und nicht zu spät reagieren und sich bei anderen Themen gegenseitig unterstützen. Ist manchmal schon so, könnte aber mehr sein, wenn's nach mir geht.

*Manja Kropp,
DSTG Sachsen*

Gewerkschaftstag des SLV

Bildungsmacher – WERDEN, SEIN, BLEIBEN

Am 22. und 23. August 2024 fand der Gewerkschaftstag des Sächsischen Lehrerverbandes im „mightyTwice“-Hotel Dresden mit einer internen Landesdelegiertenkonferenz und zwei öffentlichen Veranstaltungen statt.

Beim 10. Landesdelegiertenkongress, dem nicht öffentlichen, gewerkschaftsinternen Teil am 22. August, wählten die 137 Delegierten aus 27 Kreisverbänden den Geschäftsführenden Vorstand für die kommenden Jahre. Zudem wurden in einem Entschließungspapier richtungsweisende Beschlüsse zur Bildungs- und Berufspolitik gefasst. Mit großer Mehrheit wurde Michael Jung in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt. Die Namen der weiteren Vorstandsmitglieder sind auf der SLV Homepage <https://slv-gewerkschaft.de/> abrufbar.

■ Kontinuität und neue Impulse

Der neue Vorstand vereint eine Mischung aus erfahrenen Kräften und neuen Gesichtern. Diese Kombination soll für Kontinuität und neue Impulse sorgen. Gemeinsam wird das Gremium die Interessen der Mitglieder vertreten und die Weichen für eine zukunftsfähige Bildungspolitik stellen.

Im Rahmen der beiden öffentlichen Veranstaltungen stellten



➤ Der Geschäftsführende Vorstand des SLV

sich Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Wissenschaft der Diskussion über die Perspektiven der sächsischen Bildung. Am Donnerstag, dem 22. August, diskutierten Ministerpräsident Michael Kretschmer, Kultusminister Christian Piwarz und Prof. Dr. Axel Gehrmann, Geschäftsführender Direktor des Zentrums für Lehrerbildung, Schul- und Berufsbildungsforschung (ZLSB) der TU Dresden, mit Petra Müller und René Michel vom SLV über zentrale berufspolitische Themen wie den Lehrkräftebedarf, die Gewinnung neuer

Lehrkräfte und die Ausbildung von Lehrkräften.

Am Freitagvormittag folgte eine zweite Gesprächsrunde zu den Themen Sicherung der Bildungsqualität und Zukunft der Bildung in Sachsen. Auf dem Podium saßen die Landtagsabgeordneten und Bildungspolitikern Dr. Rolf Weigand (AfD), Christin Melcher (Bündnis 90/Die Grünen), Gunda Thielking (BSW), Holger Gasse (CDU), Luise Neuhaus-Wartenberg (Die Linke), Norma Grube (FDP), Bernd Schulze (Freie Wähler) und Sabine Friedel (SPD). Mode-

riert wurde das Gespräch von Anne Witter, Vorsitzende des Jungen SLV, und Yvonne Albrecht, Referentin für Besoldung und Versorgung.

■ Interaktive Buzzer-Runde zu Parteipositionen

In einer interaktiven Buzzer-Runde konnten die Podiumsteilnehmer ihre Parteipositionen zu zentralen Themen des sächsischen Bildungssystems vorstellen. Die anderen Gäste signalisierten ihre Zustimmung oder Ablehnung mit Schildern und konnten Gegenargumente anbringen.

Anschließend standen die Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine des SLV zur Debatte. Die Politikerinnen und Politiker erörterten einzelne Fragen, und das Publikum bewertete ihre Antworten mithilfe eines digitalen Abstimmungstools. Mit Blick auf die bevorstehende Landtagswahl am 1. September boten die Diskussionen an beiden Tagen wertvolle Einblicke in die Positionen der Parteien, die zu diesem Zeitpunkt noch Chancen auf den Einzug in den Sächsischen Landtag hatten.

*Theresa Fruß und Diana Grille,
Referentinnen des SLV*

Sommerfest war ein voller Erfolg

Networking und B2B-Treffen sind heutzutage von entscheidender Bedeutung, um wertvolle Beziehungen zu knüpfen und innovative Projekte auf die Beine zu stellen.

Um die Zusammenarbeit zwischen den dbb Mitgliedsge- werkschaften, dem dbb sachsen-anhalt und seinen Partnerorganisationen besser zu vernetzen, Fachwissen zu teilen und Kontakte zu knüpfen, hat der dbb sachsen-anhalt am 28. August 2024 erstmalig ein Netzwerktreffen in Form eines „Sommerfestes“ in der Afri- cambo Lodge im Zoologischen

Garten Magdeburg durchge- führt. Mit dabei waren Vorsit- zende und ehrenamtlich en- gagierte Mitglieder der dbb Mitgliedsge- werkschaften, Partnerorganisationen des dbb wie BBBank, Debeka und DBV/ AXA sowie der für den dbb sachsen-anhalt zuständige Ju- rist Heimo Korten vom dbb Dienstleistungszentrum Ost, Berlin.



> Impressionen vom dbb Sommerfest 2024

Das Sommerfest bot eine Plattform, um neue Leute ken- nenzulernen, wertvolle berufli- che und persönliche Kontakte zu knüpfen sowie Ideen und Erfahrungen auszutauschen,

um neue Perspektiven zu ge- winnen und Innovationsmög- lichkeiten aufzuzeigen. Auch wurden Fundamente für künf- tige Kooperationen und Part- nerschaften gelegt. ■

Landesregierung gefährdet Funktionsfähigkeit der Verwaltung

Mit großer Besorgnis hat der dbb sachsen-anhalt die Pläne der Landesregie- rung zur Kenntnis genommen, wonach frei werdende Stellen grundsätzlich nicht nachbesetzt werden sollen. Das sieht der Entwurf des Doppelhaushalts 2025/2026 vor, den das Kabinett am 17. September 2024 beschlossen hat.

Diese Maßnahme hätte erhebli- che negative Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen der Be- schäftigten und auf die Qualität des öffentlichen Dienstes. Kon- kret ist geplant, dass freie VZÄ zum Stand 31. Dezember 2024 und frei werdende VZÄ im Zeit- raum vom 1. Januar 2025 bis 31. Dezember 2026 24 Monate lang einer Wiederbesetzungs- sperre unterliegen. Ausgenom- men sind Polizeivollzugsdienst, Justizvollzugsdienst, Lehrkräfte an allgemeinbildenden und be- rufsbildenden Schulen sowie die Übernahme von Referenda- ren, Anwärtern und Auszubil- denden. Versetzungen inner- halb der Landesregierung sollen dabei zulässig sein.

> Probleme vorprogrammiert

In Anbetracht der bereits beste- henden Personalengpässe in der Verwaltung sind die zu er- wartenden Auswirkungen der geplanten Wiederbesetzungs- sperre gravierend. dbb Landes- chef Ulrich Stock: „Zu glauben, so gezielte Lösungen für eine fundierte Leistungsfähigkeit zu schaffen, ist fatal. Weitere Pro- bleme fangen hier erst an.“

Das Bestandspersonal arbeite bereits am Limit, die Nach- wuchsgewinnung sei unzurei- chend und technische Defizite belasteten den zu bewältigen- den Arbeitsaufwuchs. Darüber

hinaus sei in den nächsten Monaten aufgrund des größ- tenteils überalterten Perso- nalkörpers vermehrt mit Al- tersabgängen zu rechnen, die ohnehin eine zukunftsorien- tierte und zur Erfüllung der Arbeitsaufträge besondere Personalplanung erfordern.

„Diese Planung mit Wiederbe- setzungssperren zu belegen, wird die Verwaltungen weiter in eine missliche Lage bringen“, kritisiert Stock.

> Weiter wachsender Arbeitsdruck

Um die Dienststellen hand- lungsfähig zu halten, ist davon

auszugehen, dass diese bei Realisierung der geplanten Besetzungssperre gegensteu- ern müssen. Das heißt, abge- lehnte Anträge auf Teilzeit oder vorzeitige Ruhestands- versetzungen und ähnliche Maßnahmen dürften an der Tagesordnung sein.

Auch der Arbeitsdruck wird sich für die Beschäftigten weiter erhöhen. „Immerhin blieben Stellen, die 2026 nicht wiederbesetzt werden, bis 2028 leer“, betont Stock.

Der dbb sachsen-anhalt hat die Landesregierung aufge- fordert, die geplante Maß- nahme zu überdenken. Stattdessen sollten gemein- sam Lösungen gesucht wer- den, die sowohl den finan- ziellen Erfordernissen als auch den Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht wer- den. ■

Landesdelegiertentag VDSträ.

Schwerpunktthema Arbeitsschutz und Unfallverhütung

Fragen des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung standen neben Neuwahlen im Mittelpunkt des Landesdelegiertentags des Verbandes Deutscher Straßenwärter (VDSträ.), Landesverband Sachsen-Anhalt, am 27. August 2024 in Hohenwarthe.

Über aktuelle gewerkschaftliche und tarifpolitische Themen informierte darüber hinaus der Landesvorsitzende des VDSträ., Chris Lischke: So findet noch Ende dieses Jahres die Forderungsfindung zur anstehenden Einkommensrunde 2025 mit Bund und Kommunen (TVöD) statt. Ein weiteres Thema, das die Mitglieder immer mehr beschäftigt, ist die Arbeitszeit. Dieses Thema wird sehr unter-



> Der neu gewählte Vorsitzende der Landesjugendleitung (links)

schiedlich diskutiert, weil es viele Gestaltungsmöglichkeiten bietet. Der VDSträ. führt deshalb tarifübergreifend eine Online-Befragung durch, mit der im Vorfeld der Tarifverhandlungen ein möglichst breites Stimmungsbild gewonnen werden soll.

Eine rege Diskussion führten die Teilnehmer zum Thema Arbeitsschutz und Unfallverhü-



> Die neu gewählte Vorsitzende der Landesfrauenvertretung des VDSträ., Yvonne Gebbert

tung. Straßen sind der tägliche Arbeitsplatz für Tausende Männer und Frauen in Orange – für Straßenwärterinnen und Straßenwärter –, die mit ihrer Arbeit für ein verkehrssicheres und leistungsfähiges Streckennetz sorgen. Lischke: „Straßenwärter müssen oft im gefährlichen Verkehrsraum arbeiten, um Hindernisse von Fahrbahnen zu bergen, Baustellen einzurichten, Schutzplanken zu reparieren, Verkehrsanlagen zu warten oder im Winterdienst Strecken zu räumen.“

■ Hohes Unfallrisiko

Immer wieder verunglücken Beschäftigte dabei. Die Wahrscheinlichkeit eines Arbeitsunfalls ist für Straßenwärter um ein Vielfaches höher als für Beschäftigte in der gewerblichen Wirtschaft. Hinzu

kommen psychische Belastungen, zum Beispiel durch Beschimpfungen von genervten Fahrerinnen und Fahrern oder Unfälle von Kolleginnen und Kollegen. Leider werden bei der Einrichtung und beim Betrieb von Straßenbaustellen auch nicht immer die technischen Regeln für Arbeitsstätten (ASR) eingehalten. „Wichtige Aspekte des Arbeitsschutzes bleiben in der Planung oftmals unberücksichtigt“, kritisiert Lischke. In der Folge ergäben sich für die Beschäftigten, die im Grenzbereich zum Straßenverkehr arbeiten müssen, inakzeptable Arbeitsbedingungen in Verbindung mit erhöhten Gesundheits- und Unfallrisiken.

Der VDSträ. fordert ein Stopp des Personalabbaus in den



> Landesvorsitzender Chris Lischke mit dem frisch gewählten kommissarischen stellvertretenden Vorsitzenden Florian Kempfert (rechts)

Straßen- und Autobahnmeistereien, eine faire Bezahlung sowie eine angemessene Gefahrenzulage. „Mit dem Sparen auf Kosten der Beschäftigten muss endlich Schluss sein“, betont Lischke.



> Chris Lischke mit dem Ehrenlandesvorsitzenden Karsten Kirmse (rechts)

Ein weiterer Tagesordnungspunkt des Landesdelegiertentages waren Neuwahlen zu einigen Positionen im Landesvorstand. Zur Vorsitzenden der Landesfrauenvertretung wurde Yvonne Gebbert und zum kommissarisch stellvertretenden Landesvorsitzenden Florian Kempfert gewählt.

Der neue Vorsitzende der Landesjugendleitung heißt Florian Ulrich und seine Stellvertreterin Yvonne Gebbert. Der langjährige Landesvorsitzende Karsten Kirmse wurde einstimmig zum Ehrenlandesvorsitzenden ernannt. ■

DPolG Bundespolizeigewerkschaft –
Bezirksverband Sachsen/Sachsen-
Anhalt/Thüringen

Mardercamp war wieder ein voller Erfolg

Vom 22. Juli bis 26. Juli 2024 fand bereits zum siebenten Mal das Mardercamp für Kinder von aktiven Angehörigen und Pensionären der Bundespolizeiinspektion Magdeburg in Schierke (Harz) statt. Die Ferienfreizeit wird von der Bundespolizeigewerkschaft – Bezirksverband Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen organisiert.

Fünf ereignisreiche Tage mit einer Vielzahl von Aktivitäten, wie Sport, Geocaching, Bowlen und Wandern konnten die

Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei herrlichem Sonnenschein genießen. Als Höhepunkt kam der „Eulenmann“ (Jens Haberlandt, Fotograf und Naturliebhaber) aus Bernburg zu Besuch, der einen Steinkauz, eine Schleiereule sowie einen Uhu im Gepäck hatte und die Kinder über Lebensraum und Fressgewohnheiten der Tiere informierte. Zum Schluss bot er ein einzigartiges Fotoshooting an, bei dem die Kinder die Tiere hautnah erleben und beeindruckende Bilder machen konnten.

> Katrin Beiersdorfer (links), Vorsitzende des Ortsverbandes Magdeburg der DPolG Bundespolizeigewerkschaft, mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Mardercamp



> Jens Haberlandt mit einem Uhu sowie Katrin Beiersdorfer mit einem Steinkauz



> Eine Teilnehmerin mit einem Steinkauz

© DPolG Bundespolizeigewerkschaft (3)

Für die Veranstalter war es schön mit anzusehen, wie Kinder die Welt entdecken und sich an kleinen Dingen erfreuen können.

Sie selbst wurden daran erinnert, kleine Dinge zu schätzen und das Leben mit einem Lächeln zu genießen. ■

Polizeiberuf nicht attraktiv genug

Nachwuchsmangel wird zu akutem Problem

Eigentlich will Sachsen-Anhalt bis zum Jahr 2026 mindestens 7 000 Polizisten in Dienst gestellt haben. Doch der Plan scheint nicht ganz aufzugehen. Nachwuchsmangel sowie hohe Durchfall- und Abbrecherquoten machen dem Landesinnenministerium zu schaffen.

In der gegenwärtigen, politisch und gesellschaftlich angespannten Situation wird immer deutlicher, dass die Polizei des Landes Sachsen-Anhalt vor erheblichen Herausforderungen steht. „Die Personalprobleme sind nicht neu, sondern werden seit Jahren verschleppt, ohne dass eine Lösung erkennbar ist“, sagt Olaf Sendel, Landeschef der Deutschen Polizei-

Gewerkschaft (DPolG) Sachsen-Anhalt.

■ Nachwuchsmangel so weit das Auge reicht

Der öffentliche Dienst und die Landespolizei haben zunehmend Schwierigkeiten, junge Menschen für sich zu gewinnen. Ein Grund dafür ist der allgemeine Fachkräftemangel,

der sich auch im öffentlichen Sektor bemerkbar macht. Ein weiterer Faktor ist, dass die Arbeitsbedingungen und die Attraktivität der Berufe im öffentlichen Dienst oft nicht mit denen in der Privatwirtschaft Schritt halten können. Schon vor Jahren wurde zum Beispiel im öffentlichen Dienst das Weihnachtsgeld gestrichen und nur bruchstückhaft als Jahressonderzahlung wieder gewährt. Das Urlaubsgeld entfiel komplett und das Pensionsalter wurde auf 67 Jahre angehoben.

■ Schlechte Voraussetzungen

Erschwerend komme weiter hinzu, dass Sachsen-Anhalt im

bundesweiten Polizeivergleich die niedrigste Auszubildendenvergütung zahlt. Sendel: „Zudem müssen die Auszubildenden und Studierenden für den Polizeidienst den zwingend erforderlichen Pkw-Führerschein und auch die Ausbildung zum Rettungsschwimmer selbst bezahlen, was mit gut 4 000 Euro zu Buche schlägt. Auch sind Nachtschichten, Wochenend- und Feiertagsdienst nicht gerade das, was sich junge Menschen wünschen. Wem Familie, Kinder und Freizeit wichtig sind, der ist bei der Polizei in Sachsen-Anhalt fehl am Platz. Aber leider scheint diese Tatsache bei den Politikern noch nicht angekommen zu sein.“

Der Polizeiberuf werde immer familienunfreundlicher und die Karrierechancen tendierten gegen null. Seit Jahrzehnten würden Beförderungsmittel nur fragmentarisch zur Verfügung gestellt. „Die Unzufriedenheit der Beschäftigten ist unüberhörbar“, betont Sendel.

■ Probleme verschärfen sich weiter

Schon heute sei absehbar, dass sich die gegenwärtigen Probleme noch weiter verschärfen

werden, da viele Kolleginnen und Kollegen in ihren wohlverdienten Ruhestand gehen und zahlreiche Auszubildende und Studierende der Landespolizei ihre Ausbildung abbrechen beziehungsweise wegen nicht bestandener Prüfungen entlassen werden müssen.

■ Mangelhafte Ausbildungsqualität

Für die hohe Abbrecherquote gebe es viele Gründe. Oftmals fühlten sich die Auszubilden-

den und Studierenden überfordert und außerstande, den hohen Anforderungen gerecht zu werden. Oder sie stellten während der Ausbildung fest, dass der Beruf nicht ihren Vorstellungen entspricht.

Auch spiele die mangelhafte Ausbildungsqualität, die auf unzureichende Betreuung oder fehlende praktische Erfahrung zurückzuführen sei, eine große Rolle. Häufig komme noch ein schlechtes Arbeitsklima hinzu, geprägt

durch Konflikte mit Kollegen oder Vorgesetzten sowie durch Mobbing und Diskriminierung.

„Es ist ein Zustand eingetreten, der nicht länger hinnehmbar ist, nicht für die Bevölkerung unseres Bundeslandes, um deren Sicherheit es letztendlich geht, und auch nicht für die Polizistinnen und Polizisten, die tagtäglich das Beste aus der derzeitigen Situation machen“, unterstreicht Sendel. ■

DSTG-Landespokal der Finanzverwaltung Sachsen-Anhalt 2024

Ausrichtung wird immer schwieriger

Der DSTG-Landespokal der Finanzverwaltung 2024 fand am 11. August 2024 in Sandersdorf-Brehna statt. Über 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten sich in verschiedenen sportlichen Wettkämpfen wie Laufen, Kegeln, Bowling, Beachvolleyball, Tischtennis oder auch Schach und Skat messen.

Bereits im vergangenen Jahr konnte der jährliche DSTG-Pokal der Finanzverwaltung nach der pandemiebedingten Auszeit wiederbelebt werden. „Durch Arbeitsverdichtung in der Finanzverwaltung, hier vor allem im Bewertungsbereich, wird es aber immer schwieriger für diese Veranstaltung Ausrichter zu finden, da die Vorbereitungen dieses Sportereignisses nach Dienstschluss erfolgen“, so das Fazit von Iris Herfurth, Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Sachsen-Anhalt. Umso erfreulicher war die Initiative des Finanzamtes Bitterfeld, unterstützt und befürwortet durch den Dienststellenleiter Werner Schulze.

Die Bürgermeisterin von Sandersdorf-Brehna, Steffi Syska, und der Vorsteher des Finanzamtes Bitterfeld-Wolfen, Werner Schulze, eröffneten die Veranstaltung und konnten auch

zahlreiche Gäste aus Verwaltung und Politik begrüßen. Begleitet wurde das Turnier von Kooperationspartnern und Unterstützern der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Sachsen-Anhalt sowie vom Team der BGM-Taxperten (Betriebliches Gesundheitsmanagement/Steuerexperten).



■ Katja Jaak, Vorsitzende des Ortsverbandes Bitterfeld-Wolfen, Sven Christian, DSTG-Landesleitung und Sportverantwortlicher, Ulrich Stock, dbb Landesvorsitzender, Steffi Syska, Bürgermeisterin von Sandersdorf-Brehna, Rüdiger Malter, Staatssekretär des Ministeriums der Finanzen, sowie Werner Schulze, Vorsteher des Finanzamtes Bitterfeld-Wolfen (von links)



■ Uwe Plaschnik, Andreas Horn und Andreas Hinz, alle drei vom Finanzamt Eisleben, zeigen stolz ihre Urkunden und Pokale, gewonnen beim Skat (von links).

Finanzstaatssekretär Rüdiger Malter übergab die Pokale bei der Siegerehrung und fand für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer besondere Worte der Wertschätzung: So seien her-

vorragende Ergebnisse durch die Sportlerinnen und Sportler erreicht worden. Die ehrenamtliche Arbeit der Finanzsportgemeinschaft (FSG) Sachsen-Anhalt e. V. in Verbindung mit der DSTG Sachsen-Anhalt und den jährlichen Ausrichtern stelle eine Basis für den weiteren Erfolg dieser Veranstaltung dar.

„Unser Ziel bleibt es, noch mehr Kolleginnen und Kollegen der Finanzverwaltung für sportliche Wettkämpfe und persönliche Begegnungen zu gewinnen. Dies unterstützt nicht nur die im Gesundheitsmanagement integrierte Verhaltensprävention, sondern fördert auch die Gesundheitskompetenz unserer Beschäftigten in der Verwaltung“, betont Herfurth. ■

© DSTG Sachsen-Anhalt (2)

Geschafft!

Digitales Zugangsrecht für Spitzenverbände und Gewerkschaften

Mit großer Kraftanstrengung hat der Thüringer Beamtenbund (tbb) ein einheitliches digitales Zugangsrecht für Spitzenverbände und Gewerkschaften in Thüringer Ministerien, Landesbehörden und Gerichten erreicht.

Seit der Einführung des Gesetzes über den Zugang zu digitalen Informationen für Verbände (VIG) am 1. Januar 2022 hat der tbb die Einrichtung eines flächendeckenden Bereichs im Intranet des Freistaates Thüringens zur Verlinkung mit gewerkschaftlichen Internetseiten gefordert. Dabei war die Frage nach der Umsetzung die größte Herausforderung auf der Seite des Dienstherrn.

Gewerkschaften leben von ihren Mitgliedern! Die Mitglieder leben von Gemeinschaft und Informationen!

■ Kommunikationsgrundrecht

Arbeitnehmer- und Beschäftigteninteressen zu vertreten, setzt Kommunikation voraus. Dies sind im Grunde Selbstverständlichkeiten; Art. 9 Abs. 3 GG ist daher (auch) ein Kommunikationsgrundrecht.

Die Gestaltung von Mitgliederwerbung und -information ist Teil der von Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz (GG) geschützten Betätigungsfreiheit und muss von den Arbeitgebern geduldet werden.

Das „Schwarze Brett“ als Informationsmedium hat ausgedient. Zugangsmöglichkeiten zu den Beschäftigten sind koalitionspezifisch und unterfallen daher dem Schutz des Art. 9 Abs. 3 GG.

Die Zunahme von Home-office-/Telearbeit/mobilem Arbeiten bedingt neue Kommunikationskanäle, für die Gewerkschaften ein digitales Zugangsrecht haben müssen, weil ihre Kommunikation entscheidend für die Interessenvertretung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Thüringen ist.

■ Effektivere Interessenvertretung

Gewerkschaftliche Kommunikation in der digitalen Arbeitswelt muss innovativ und anpassungsfähig sein, um den

sich fortlaufend verändernden Anforderungen gerecht zu werden. Durch den Einsatz digitaler Technologien können Gewerkschaften ihre Reichweite erhöhen, die Mitgliederbindung stärken und effektiver für die Rechte der Arbeitnehmer eintreten.

Mit der Implementierung des Zugangs zu digitalen Informationen auf den jeweiligen Intranetseiten der Thüringer Landesverwaltung wird der tbb zukunftsweisend in der Lage sein, die Interessen der Mitglieder zeitgemäß zu vertreten.

Bei einem modernen und zeitgemäßen Intranetauftritt der Thüringer Landesverwaltung muss darauf geachtet werden, dass die aktuellen Informationen des tbb sichtbar sind.

© pixabay

Thüringer Beamtenbund (tbb) und DSTG Deutsche Steuer-Gewerkschaft Thüringen erfolgreich

Kosten für amtsärztliche Untersuchung werden übernommen

Das Thüringer Finanzministerium (TFM) übernimmt künftig die Kosten der amtsärztlichen Untersuchung bei Verbeamtungen auf Probe und auf Lebenszeit.

Das ist der DSTG Deutsche Steuer-Gewerkschaft Thüringen mit Schreiben vom 16. September 2024 vom Finanzministerium mitgeteilt worden.

Damit beendet das Ministerium seine jahrzehntelange Praxis, diese nicht unerheblichen Kosten den Beamtenanwärtern und Beamten anzulasten.



© Pixabay

Die DSTG Thüringen und der Thüringer Beamtenbund (tbb) hatten die Kostenübernahme seit Jahrzehnten angemahnt und dabei immer wieder auf die selbstverständliche Kosten-

übernahme durch alle anderen Ressorts verwiesen. Zuletzt hatte der tbb die Festschreibung einer einheitlichen Vorgehensweise aller Ressorts im Personalentwicklungskonzept

PEK 2035 erreicht. Nunmehr hat auch das Finanzressort eingelenkt – noch unter Führung von Ministerin Taubert, die das Schreiben persönlich unterzeichnet hat.

Die Kostenübernahme der amtsärztlichen Untersuchung durch das Thüringer Finanzministerium ist danach, vorbehaltlich der Haushaltsmittel, ab dem Kalenderjahr 2025 geplant. ■

Einkommensrunde Bund und Kommunen

Regionalkonferenz in Fulda

Bei der 3. Regionalkonferenz des dbb am 9. September 2024 in Nürnberg forderten die Delegierten eine spürbare Entgelterhöhung von 7,5 Prozent bei der bevorstehenden Tarifrunde im öffentlichen Dienst. Der steigende Arbeitsdruck, der langfristige gesundheitliche Folgen nach sich ziehen kann, soll auf diese Weise kompensiert werden. Die Belastungen der Beschäftigten müssten ernst genommen werden, mahnten die Konferenzteilnehmer und forderten auch konkrete Entlastungsmaßnahmen.

Eine weitere zentrale Forderung ist auf flexible Arbeitszeitmodelle zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie zum Abbau des Fachkräftemangels gerichtet. Bei der Gewinnung von Fachkräften sei es entscheidend, moderne Arbeitszeitmodelle zu etablieren, die auf die Bedürfnisse der Beschäftigten eingehen.

Die alarmierende Nachwuchssituation im öffentlichen Dienst – derzeit fehlen insgesamt 570 000 Beschäftigte – führe zu einer Überlastung der vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, was die Arbeitgeber zwingen, attraktiver zu werden, um neue Fachkräfte zu gewinnen und Bestandskräfte zu halten.



> Die Thüringer Vertreter der Regionalkonferenz in Fulda: Philipp Hein, Frank Herzig, Frank Schönborn, Saskia Grimm, Marko Horn (von links)

Schließlich unterstrich die Konferenz, dass die Ergebnisse der Tarifverhandlungen auch auf Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Bundes übertragen werden müssen. Unbesetzte Stellen, Sorgen um den Nachwuchs

und dringende Entlastungsmaßnahmen stehen somit ganz oben auf der Agenda und erfordern zeitnahe und effektive Lösungen.

Der Thüringer Beamtenbund (tbb) war mit fünf Vertretern vor Ort dabei. ■

BTB und tbb

Inflationsausgleich auch für dual Studierende!

Nicht alle dual Studierenden haben bislang von der im Tarifvertrag TV-L vereinbarten Inflationsausgleichsprämie für die Tarifbeschäftigten (TV-Inflationsausgleich) profitieren können. Dem tbb und dem BTB Thüringen als zuständiger Fachgewerkschaft ist eine Einbeziehung auch der älteren Jahrgänge der Fachrichtung Vermessung und Geoinformatik gelungen.

Grundsätzlich hat Anspruch auf die Prämie, wer unter den Geltungsbereich des TVA-L BBiG, TVA-L Pflege, TVA-L Gesundheit, TVdS-L oder TV Prakt-L fällt. Bei den dual Studierenden der Fach-

richtung Vermessung und Geoinformatik (B. Eng.) ist das bei den älteren Studienjahrgängen nicht unbedingt der Fall, weil deren Ausbildungsverträge bis zum Jahr 2022 nur in Anlehnung an

den Tarifvertrag abgeschlossen wurden. Erst seit 2023 wird der Tarifvertrag direkt angewandt.

Wegen dieser Ungleichbehandlung hatten sich tbb und BTB

gemeinsam mit der dbb jugend thüringen an die Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft gewandt, die wiederum das Thüringer Finanzministerium (TFM) eingeschaltet hat.

■ Positive Antwort aus dem Finanzministerium

Die Antwort liegt jetzt vor und lautet in Absprache mit dem Thüringer Finanzministerium: „Das TFM hat allerdings keine Bedenken, die Verträge auch rückwirkend anzupassen und damit zu ermöglichen – wenn die weiteren Voraussetzungen des TV-Inflationsausgleichs vorliegen –, dass die dual Studie-

renden die Inflationsausgleichs-Einmalzahlung und die Monatszahlungen erhalten. Die Entscheidung über die Anpassung der Verträge obliegt dem Land.“

In einem weiteren an den Präsidenten des Thüringer Landesamtes für Bodenmanagement und Geoinformation (TLBG), Uwe Köhler, gerichteten Schreiben hatte der tbb darüber hinaus angeregt, die

Verträge für dual Studierende im Sinne der Ausgleichsprämie anzupassen.

■ Nachzahlungen erreicht

Es sollte nochmals drei Monate dauern, bis die Ausbildungsverträge auf den TVdS-L umgestellt waren. Mittlerweile aber sind die Nachzahlungen von Inflationsausgleichsprämie, Jahressonderzahlung und tariflicher Erhöhung der Entgelte

erfolgt. Der gesamte Prozess hatte zwar mehr als sieben Monate in Anspruch genommen, konnte aber erfolgreich abgeschlossen werden.

Ohne das Engagement des BTB/tbb wäre dies nicht möglich gewesen. Die Tatsache, dass Thüringen die niedrigste Ausbildungsquote in Deutschland hat, macht das Engagement und die Unterstützung noch bedeutender. ■

tlv thüringer lehrerverband

„Die Zeichen stehen weiter auf Sturm“

„Die Zeichen stehen weiter auf Sturm“ – so das Fazit des tlv thüringer lehrerverband zum Beginn des Schuljahres 2024/25. Wie in jedem Jahr hat die Interessenvertretung kurz vor dem Ende der Sommerferien die Schulleitungen der staatlichen Schulen in Thüringen zur aktuellen Personalsituation befragt. Die nicht repräsentative Umfrage des Verbandes hat aufgezeigt: Eine Entspannung ist weiterhin nicht in Sicht.

„In diesem Jahr haben uns die Teilnehmenden zurückgemeldet, dass im Schnitt 2,6 Lehrer pro Schule fehlen“, erklärt der tlv Landesvorsitzende Tim Reukauf. „Das entspricht exakt dem Wert vom vergangenen Jahr, obwohl die offizielle Schulstatistik gut 200 Lehrkräfte mehr ausweist als im Vorjahr.“ Auch habe sich der Anteil derjenigen Schulleitungen, die mit dem vorhandenen Personal ihre Stundentafel komplett erfüllen können, weiter verringert: von 9 Prozent im letzten Jahr auf jetzt 6 Prozent. „Oder anders gesagt: 19 von 20 Schulen im Freistaat haben Personalprobleme in einem Ausmaß, das sich direkt auf die Beschulung der Kinder und Jugendlichen auswirkt.“

Rechne man die Zahl auf die 800 staatlichen Schulen in Thüringen hoch, so Reukauf

weiter, so käme man auf gut 2 000 Lehrer, die nach wie vor im Freistaat fehlen. „Das schließt die Langzeitkranken sowie diejenigen in Mutterschutz und Elternzeit ein, die ja aber ebenfalls nicht für den Unterricht zur Verfügung stehen.“

Die nicht repräsentativen Erhebungen des tlv würden durch die offiziellen Statistiken des Landes Thüringen unterstützt, erklärt Reukauf. Vergleiche man die Zahlen von 2014 – dem Jahr, in dem die rot-rot-grüne Regierung an die Macht kam – und von 2024, so zeige sich auf der Schülerseite ein Plus von 17 320, auf der Lehrerseite hingegen ein Minus von 263. Nicht ganz so dramatisch, aber dennoch bemerkenswert sei die Situation im Hinblick auf die inklusive Beschulung. „Wir haben heute 1 632 Schüle-

rinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf mehr als 2014, aber nur 18 zusätzliche SPF. Das heißt, die schulische Inklusion wird hauptsächlich von den Lehrkräften gestemmt, die wegen des Mangels ohnehin schon mehr belastet sind als noch vor zehn Jahren.“

■ Ohne die Erzieherinnen geht es nicht

In diesem Jahr hat sich der tlv zudem mit der Situation der Erzieherinnen und Erzieher an den Grund- und Gemeinschaftsschulen beschäftigt. Die Umfrage habe aufgezeigt, so die stellvertretende Landesvorsitzende Laura Lachmann, dass nach wie vor der überwiegende Teil – nämlich 85 Prozent – nicht in Vollzeit beschäftigt sei. „Dabei schätzen die befragten Schulleitungen, dass mindestens ein Drittel gern den Beschäftigungsumfang erhöhen würde.“ Problematisch sei auch der Einsatz von Horterzieherinnen und -erziehern im Unterricht. „Immerhin 70 Prozent der teilnehmenden Grund- und Gemeinschaftsschulen haben angegeben, dass sie das Hortpersonal auch im Unterricht einsetzen, wenn Not am Mann ist“, so Lachmann.

■ Keine Entspannung bei Seiteneinsteigern und Digitalisierung

Auch im Hinblick auf die Seiteneinsteiger stünden die Zeichen mitnichten auf Entspannung, so die stellvertretende Landesvorsitzende weiter. „Inzwischen haben fast zwei Drittel aller Schulen sogenannte Quer- und Seiteneinsteiger. Diese werden nach wie vor unzureichend qualifiziert. Unsere Umfrage hat ergeben, dass die Kollegien im Schnitt neun Unterrichtsstunden pro Woche für die Unterstützung aufwenden. Im vergangenen Jahr lag dieser Wert noch bei vier Stunden.“

Über den aktuellen Digitalisierungsstand berichtet Tim Reukauf: „Im Schnitt haben 80 Prozent des Personals und 30 Prozent der berechtigten Schülerinnen und Schüler digitale Endgeräte. Hier stagnieren die Zahlen bei den Werten vom Vorjahr. Etwas besser scheint die Versorgung mit einem Internetzugang in allen Klassen- und Fachräumen zu sein: Der Anteil ist von 53 Prozent im Mai 2023 auf nun 75 Prozent gestiegen. Aber das heißt, dass eine von vier Schulen immer noch abgehängt ist – das geht in der heutigen Zeit gar nicht.“ ■

dbb jugend thüringen

Politisches Speed-Dating

Am 16. September 2024 hat die dbb jugend thüringen einen politischen Abend mit Speed-Dating im Thüringer Landesverwaltungsamt Weimar veranstaltet. Der Abend bot insofern nicht nur eine Plattform für politische Diskussionen, sondern auch ein Austauschformat der etwas anderen Art.

Mithilfe von Speed-Datings konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Vertretern der demokratischen Parteien und deren Jugendorganisationen von Angesicht zu Angesicht Gespräche über die drängenden Themen unserer Zeit führen. Das Speed-Dating-Format erwies sich dabei als spannende und dynamische Möglichkeit, um in kurzen Dialogen persönliche Ansichten und Anliegen auszutauschen.

Die Atmosphäre der Kurzgespräche war von Offenheit und Interesse geprägt, und wir danken allen Beteiligten für diesen gelungenen Abend. Ein besonderer Dank gilt Frau Schenk (SPD), Frau Baum (FDP), Frau Bohm (Grüne), Frau Wirsing (BSW), Frau Rahaas (Die Linke), Herrn Hartig (Linksjugend), Frau Fritz (Linksjugend), Frau Wallrodt (Jusos) und Herrn Geibert (Junge Union), die sich auf das Experiment eingelassen und jungen Menschen ein offenes Ohr geschenkt haben.

■ Interessante Diskussionen in Kleingruppen

In Kleingruppen wurden außerdem intensive Gespräche und Diskussionen geführt, beispielsweise über die Gestaltung des digitalen Wandels im öffentlichen Dienst, der Effizienz und Bürgernähe erhöhen soll.

Weiteres Thema war die Zusammenarbeit mit der Landesregierung. Diskutiert wurde insbesondere die Frage, wie



> Die begeisterten Teilnehmerinnen und Teilnehmer

die Kooperation der verschiedenen politischen Akteure verbessert werden kann, um die Herausforderungen, vor denen Thüringen und Deutschland insgesamt stehen, gemeinsam meistern zu können. Bedauert wurde in diesem Zusammenhang die unzureichende Beteiligung junger Menschen am politischen Geschehen und über Verbesserungen wurde reger diskutiert.

Ein weiteres Schwerpunktthema des Abends waren die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst. Dabei wurden Bedenken hinsichtlich prekärer Arbeitsverhältnisse geäußert. Aber auch die psychischen Belastungen am Arbeitsplatz, die durch den Personalmangel im öffentlichen Dienst noch verstärkt werden, wurden diskutiert. In einem

effizienten Austausch suchten die politischen Vertreter und die dbb jugend nach Möglichkeiten, um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu steigern.

■ Positive Resonanz

Der Politische Abend der dbb jugend thüringen war nicht nur ein Erfolg wegen seiner Inhalte und des anregenden Meinungsaustauschs, sondern auch wegen der Vernetzung der Teilnehmer untereinander. Kontakte wurden neu geknüpft oder gefestigt und Erfahrungen geteilt.

Die Rückmeldungen auf das neue Format waren durchweg positiv und weitere Veranstaltungen dieser Art sind für das kommende Jahr bereits angedacht.

Die dbb jugend thüringen ist gespannt, welche Themen dann im Fokus stehen und wie die Thüringer Jugend gemeinsam mit der Politik aktiv an der Gestaltung ihrer Zukunft arbeitet.

■ Stimme der Jugend zählt

Eins ist sicher: Die Stimme der Jugend zählt und ihre Ideen und Anliegen sind entscheidend für eine lebenswerte Zukunft. Wir stehen vor Herausforderungen, die nur gemeinsam angegangen werden können.

Auch die Stimmen der jungen Generation müssen in den Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden. Dafür setzt sich die dbb jugend thüringen auch weiterhin ein. ■

